



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Unterausschusses
Jugendhilfeplanung am 16.06.2021**

öffentlich

Ort: Videokonferenz
Zeit: 16:00 Uhr bis 17:16 Uhr
Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder:

Uwe Kramer

Ute Haupt
Claudia Schmidt
Jan Döring
Beate Gellert
Anna Manser

Ausschussvorsitzender
stimmberechtigtes Mitglied im
Jugendhilfeausschuss
Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN
Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler
stimmberechtigtes Mitglied im
Jugendhilfeausschuss

Verwaltung

Dr. Heike Schaarschmidt

Alexander Frolow
Stefanie Goy
Uwe Weiske
Beate Erfurth
René Lukas

Referentin Geschäftsbereich Bildung und
Soziales
Leiter Fachbereich Bildung
Jugendhilfeplanerin
Sozialplaner
Kitafachplanerin
Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Dr. Gaby Hayne

Tobias Heinicke

stimmberechtigtes Mitglied im
Jugendhilfeausschuss
stimmberechtigtes Mitglied im
Jugendhilfeausschuss

zu Einwohnerfragestunde

Es gab keine Einwohnerfragen.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung wurde von **Herrn Kramer**, eröffnet und geleitet. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Es gab keine weiteren Anmerkungen zur Tagesordnung, sodass **Herr Kramer** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Es wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 18.05.2021
4. Beschlussvorlagen
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
- 7.1. AG 78 Kita
- 7.2. Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertagesstätten 2022
- 7.3. Jahresplanung
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 18.05.2021

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 18.05.2021, sodass diese von den Ausschussmitgliedern bestätigt wurde.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 4 Beschlussvorlagen

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 AG 78 Kita

Frau Erfurth informierte anhand einer Präsentation über den Arbeitsstand AG 78 Kita.

Anmerkung: Die Präsentation ist in Session hinterlegt.

Herr Kramer hinterfragte die Zielstellung der Evaluation der Fachstandards für Kindertagesstätten und Horten.

Frau Erfurth teilte mit, dass die bestehenden 6 Fachstandards evaluiert werden. Wenn sich ein Bedarf für zusätzliche Fachstandards ergibt, dann sollen neue eingeführt bzw. diskutiert werden. Sie erwähnte, dass die Träger aufgefordert wurden eine Einschätzung zu den bestehenden Fachstandards zu geben. Die gesamte Evaluation soll Ende 2021 abgeschlossen sein.

Frau Schmidt fragte zum aktuellen Stand des Kita-Portals.

Frau Erfurth teilte mit, dass die Einführung des Kita-Portals noch in diesem Jahr beim Eigenbetrieb Kita vorgenommen wird. Eine Testphase ist geplant, bevor es auf die freien Träger übertragen wird.

Frau Dr. Schaarschmidt fügte hinzu, dass es auch hier wegen der Corona-Pandemie zu Verzögerungen hinsichtlich einer Einführung des Kita-Portals gekommen ist.

Herr Kramer stellte keine weiteren Wortmeldungen fest.

zu 7.2 Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertagesstätten 2022

Frau Erfurth informierte anhand einer Präsentation über die bisherige Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertagesstätten für das Jahr 2022.

Anmerkung: Die Präsentation ist in Session hinterlegt.

Frau Haupt stellte fest, dass ein Versorgungsgrad mit 78 % angegeben wurde. Sie fragte, ob dieser Wert des Versorgungsgrades für die benötigte Anzahl von Plätzen momentan ausreicht.

Frau Erfurth betonte, dass ab der Geburt ein Rechtsanspruch für alle Kinder besteht, aber nur sehr wenige Kinder, die jünger als ein Jahr sind, einen Kitaplatz brauchen. Daher ist ein Versorgungsgrad von 100% nicht erforderlich. Sie sagte, dass das Deutsche Jugendinstitut eine Elternbefragung zu Betreuungswünschen durchgeführt hat. Es wurden Eltern bezüglich der gewünschten Betreuungsplätze befragt. Im Ergebnis werden in Halle (Saale) mehr Plätze benötigt, da die Betreuungswünsche der Eltern tatsächlich höher liegen.

Frau Haupt fragte wie die Verteilung der Kinder mit Migrationshintergrund ist.

Frau Erfurth antwortete, dass der Hallesche Westen und der Bereich Innere Stadt vermehrte Zuzugsgebiete für Menschen mit Migrationshintergrund seien. Daher werden im Halleschen Westen und im Bereich Innere Stadt vermehrt Kitaplätze von Kindern mit Migrationshintergrund belegt. Im ebenso zuzugsreichen Bereich Hallescher Süden (u.a. Südstadt und Silberhöhe) waren die Betreuungszahlen jedoch nicht vergleichend hoch.

Frau Schmidt fragte, ob man den Standort des niedrigen Versorgungsgrades im Halleschen Süden genau lokalisieren könnte.

Frau Erfurth antwortete, dass man hierbei das Gebiet Ammendorf und Silberhöhe eingrenzen kann.

Frau Schmidt fragte, wie der Finanzausgleich in Zusammenhang mit anderen Kommunen in Bezug auf die Gastkinder organisiert bzw. gedeckt ist.

Frau Erfurth antwortete, dass das zuständige Jugendamt den Betreuungsplatz komplett refinanzieren muss und die Kosten in diesem Punkt abgedeckt werden. Ein mögliches Problem entwickle sich jedoch in Bezug auf die Bedarfsplanung, wenn bei steigender Nachfrage von Betreuungsplätzen für hallesche Kinder zusätzlich Plätze für Gastkinder belegt seien und diese nicht an hallesche Kinder vergeben werden.

Frau Gellert bemerkte, dass sich eine Auslastung der Betreuungsplätze von ein- bis dreijährigen Kindern schwierig darstellen lässt. Sie fragte, ob die Schaffung neuer Kindergartenplätze für Zugezogene in Planung sei.

Frau Erfurth wies darauf hin, dass sich dieser Sachverhalt in den Handlungsempfehlungen wiederfinden wird. Die freien Träger sollen somit mehr zur Umsetzung des Modells angeregt werden.

Herr Kramer stimmte der Anmerkung von Frau Gellert zum Thema Gastkinder zu. Er sagte, das ist wichtig Fachkräfte in der Stadt Halle (Saale) zu haben. Die Stadt Halle (Saale) sollte als Oberzentrum akzeptieren müssen, dass eine gewisse Zahl an Gastkindern vorhanden ist.

Frau Erfurth führte ihre Präsentation zum Thema Bedarfsplanung fort.

Frau Schmidt fragte, wann genaue Zahlen für die Bevölkerungsprognose zu erwarten sind. Des Weiteren fragte sie, ob eine Umwandlung von Hortplätzen in Kindergarten- und Kitaplätzen im Verlauf des Jahres denkbar ist.

Frau Erfurth antwortete, dass die zur Verfügung Stellung von nicht benötigten Hortplätzen für Kitakinder, derzeit in der Stadt Halle (Saale) nicht praktiziert wird. Das würde ein neuer Anregungspunkt für die freien Träger bedeuten. Es müssen hierbei personelle und räumliche Voraussetzungen beachtet werden.

Frau Gellert merkte an, dass eine Umwandlung von Hortplätzen in Kitaplätzen nur funktioniere, sofern auch die sanitären und körperlichen Bedingungen gegeben seien und die Kinder dann im Nachhinein auch den Hort besuchen könnten.

Frau Haupt fragte, ob sich neue Einrichtungen im Bedarfs und Planungsstand befinden.

Frau Erfurth antwortete, dass im Folgejahr mehr Betreuungsplätze benötigt werden und Baupläne bereits in der Planung und Umsetzung sind. Sie wies darauf hin, dass Baumaßnahmen oft lange andauern und dies die Eröffnung der einzelnen Einrichtungen verzögern kann.

Frau Gellert wies auf den Stadtratsbeschluss von 2017 hin, wo ein Standard der Kindertagesstätten verabschiedet wurde. Jede Kindertagesstätte, die neu gebaut wird, muss also nach diesen Standards gebaut und betrieben werden. In den älteren Kindertagesstätten wird der Fachstandard noch nicht umgesetzt.

Frau Dr. Schaarschmidt merkte an, dass eine konsequente Anwendung der Standards in bestehenden Einrichtungen auch zu einer Schließung führen könnte. Das ist finanziell nicht umsetzbar. Sie betonte, dass ein Kitaplatz mit wenig Quadratmetern besser ist, als gar kein Kitaplatz.

zu 7.3 Jahresplanung

Herr Kramer schlug vor, dass die Sitzung im Juli aufgrund weniger Tagesordnungspunkten ausfällt. Die Mitglieder des Unterschusses Jugendhilfeplanung befürworteten dies.

Herr Kramer informierte über die verbleibenden Themenfelder zur Jahresplanung.

Anmerkung: Die Jahresplanung ist in Session hinterlegt.

Frau Gellert bat darum, dass neu verabschiedende SGB XII im Themenspeicher aufzunehmen.

Herr Kramer schlug vor, diesen Sachverhalt in den Jugendhilfeausschuss einzubringen.

Frau Dr. Schaarschmidt wies auf die Umsetzung des Präventionskonzeptes hin. Sie sagte, dass das Konzept im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses und im Jugendhilfeausschuss im Themenspeicher aufgeführt ist und Ende des Jahres behandelt werden soll. Sie informierte, dass eine gemeinsame Berichterstattung zu den Konzepten im III. Quartal 2022 zur Anwendung kommt.

Herr Kramer schlug vor, die Berichterstattung zur Umsetzung des Präventionskonzeptes als Sitzungsthema im Unterschuss Jugendhilfeplanung zu streichen, weil es im Jugendhilfeausschuss behandelt wird.

Frau Goy wies auf die auf das Thema „Antragslage der Fördermittel“ hin und schlug eine Behandlung im Oktober vor.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Es gab keine mündlichen Anfragen.

zu 9 Anregungen

Es wurden keine Anregungen geäußert.

Für die Richtigkeit:

Uwe Kramer
Ausschussvorsitzender

Rene Lukas
Protokollführer